

INHALT

1. Neubau des Theaters trotz Drohungen der Kulturministerin vom Tisch
2. Bundesverkehrsminister Dobrindt sagt Finanzierung der fünften Schleusenkammer zu
3. Breitner sieht Rückendeckung, wo keine ist
4. Fracking: Landesregierung informiert dosiert

28.02.2014

Neubau des Theaters trotz Drohungen der Kulturministerin vom Tisch CDU fordert Prüfung der Statik-Sanierung des Theaters am Lollfuß



Fraktionschef Johannes Callsen

Die Schleswiger Ratsversammlung hat in einer Patt-Entscheidung am Donnerstag die Pläne von Kulturministerin Anke Spoorendonk für einen Neubau des Schleswiger Theaters am Hesterberg abgelehnt. Neben der CDU-Fraktion stimmten FDP, Grüne und beide Wählergemeinschaften geschlossen dagegen.

Zuvor war bekannt geworden, dass Gutachter nie den Abriss des Theaters am Lollfuß gefordert hatten. Eine Statik-Sanierung wäre laut einer Kalkulation günstiger, als der von Kulturministerin Spoorendonk gemachte Vorschlag des Neubaus. Diese hatte eine Statik-Sanierung des alten Theaters nie prüfen lassen.

Vor der Abstimmung stand die Drohung im Raum, ein „Nein“ für den Hesterberg würde das gesamte Landestheater gefährden. In jedem Fall würde Schleswig nicht mehr Spielort sein.

Nach der Abstimmung zeigte Spoorendonk sich enttäuscht. Ihre Aufmerksamkeit und

Verantwortung gelte nun in erster Linie der weiteren Entwicklung des Landestheaters. Wenn die Stadt Schleswig wieder an sie herantreten sollte, stünde das Ministerium für Gespräche zur Verfügung. Inwieweit eine Hilfe des Landes dann noch realisierbar sein werde, lasse sich nicht seriös beantworten. SSW-Fraktionschef Lars Harms warf der CDU sogar eine „Verhinderungspolitik“ vor, die den Bestand des Landestheaters gefährde.

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen konterte: Es sei die Aufgabe der Kommunalpolitiker, unkalkulierbare Haushaltsrisiken zu verhindern, auch wenn sie dazu unerträglichen Druck aus dem Ministerium aushalten müssen. „Es geht um das Landestheater Schleswig-Holstein, nicht um ein Spoorendonk-Gedenktheater in Schleswig. Wenn die Statik-Sanierung des Theaters am Lollfuß günstiger ist, als der Neubau am Hesterberg, dann müssen die für den Neubau vorhandenen Landesmittel selbstverständlich in die Sanierung fließen“, forderte Callsen.

Vor Ort seien alle Verantwortlichen bereit, konstruktiv weiter zu arbeiten, um den Theaterstandort Schleswig zu sichern. Spoorendonk dürfe jetzt nicht aus gekränkter Eitelkeit das Landestheater vor die Wand fahren lassen.

Bundesverkehrsminister Dobrindt sagt Finanzierung der fünften Schleusenammer zu Bau wird etwa 115 Millionen Euro teurer



Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt, MdB

Am heutigen Freitag stellte Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt in Brunsbüttel gemeinsam mit den Parlamentarischen Staatssekretären Dorothee Bär und Enak Ferlemann sein Konzept zum Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals vor. Bereits im Vorfeld des Besuches hatte die Meldung für Aufsehen gesorgt, dass der Bau der fünften Schleusenammer in Brunsbüttel etwa 115 Millionen Euro teurer wird. Dobrindt machte deutlich, dass der Bund gleichwohl am Bau der Schleuse festhält. 2020 soll nach seinen Vorstellungen das erste Schiff die fünfte Schleusenammer passieren.

„Das Ziel der Fertigstellung bis 2020 auch unter Berücksichtigung der Mehrkosten ist eine wichtige Aussage für alle, die mit dem und am Nord-Ostsee-Kanal arbeiten. Der neue Bundesverkehrsminister gibt diesem Projekt die nötige Priorität. Ich bin sicher, dass in nächster Zeit ein tragfähiger Masterplan für den Ausbau der Oststrecke folgen wird“, erklärte Arp.

Der Wahlkreisabgeordnete Jens-Christian Magnussen erklärte, Bundesverkehrsminister Dobrindt habe bei dem Termin deutlich gemacht, dass neben dem Neubau der fünften

Schleusenkommission die Sanierung der „alten Schleuse“ in Brunsbüttel ebenso kommen werde, wie die Sanierung der Schleusen in Holtenau sowie der Ausbau der Oststrecke.

Aufgrund unterschiedlicher Einflüsse, wie Klagen und Vergabeverfahren, könnten zeitgenaue Zusagen jedoch nicht gemacht werden.

Zur Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung habe Dobrindt deutlich gemacht, dass das Personal den Aufgaben entsprechend angepasst werden müsse. „Diese Reform ist wieder im Ministerbüro angekommen“, so Magnussen.

Breitner sieht Rückendeckung, wo keine ist **Nicolaisen: Breitner will Keil zwischen Landräte treiben**



Die CDU-Innenexpertin Petra Nicolaisen, MdL

Am Freitag sagte Innenminister Andreas Breitner in einer Pressemitteilung, er erhalte durch den Landrat von Rendsburg-Eckernförde, Dr. Rolf Oliver Schwemer, „überraschend Schützenhilfe“. Dieser habe in einer Pressemitteilung erklärt, er halte es für möglich dem Kreistag auch für 2015 einen Haushaltsentwurf mit unverändertem Kreisumlagesatz vorzulegen. Da Rendsburg-Eckernförde die niedrigste Kreisumlage habe und von allen Kreisen der am meisten belastete sei, sei damit die Notwendigkeit einer Erhöhung der Kreisumlage in allen Kreisen vom Tisch, vermeldete Breitner.

Die innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Petra Nicolaisen, schaute darauf hin genau nach. „Breitner phantasiert! Anders kann man seine Deutung der gestrigen Presserklärung des Landrates aus Rendsburg-Eckernförde nicht interpretieren“, erklärte sie.

Tatsächlich habe Schwemer die „Möglichkeit“ an zwei Bedingungen geknüpft:

Als erste Voraussetzung habe Schwemer genannt, dass „die auf Bundesebene geplante Entlastung der Kommunen im Bereich der Eingliederungshilfe auch bei den Kommunen ankommt“. Zweitens habe er das Land aufgefordert, „die den Kommunen in Aussicht gestellte Erhöhung der Mittel für die Kreisstraßenunterhaltung in die Tat umzusetzen.“

Breitner verdreht die Tatsachen, und überträgt das auch noch auf die anderen Kreise.

Hinzu komme, dass der Innenminister die Aussagen des Eckernförder Landrates als

„Rückendeckung“ für seinen Kurs bezeichne. Offensichtlich beabsichtige Breitner, einen Keil zwischen die Landräte zu treiben.

„Das ist eine ziemlich durchsichtige Strategie, auf die niemand hereinfallen wird. Aber sie zeigt, mit welchen Mitteln diese Landesregierung zu arbeiten bereit ist“, so Nicolaisen.

Fracking: Landesregierung informiert dosiert Zumindest in Sterup ist gar kein Fracking geplant



„Wachsamkeit ist geboten, die notwendigen Gesetzesänderungen müssen voran getrieben werden, aber unnötig Angst zu schüren, ist nicht in Ordnung“, mit diesen Worten reichte der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Heiner Rickers, gemeinsam mit Heike Franzen eine Kleine Anfrage ein. Sie wollen erfahren, in welchen Gebieten die Unternehmen, die Aufsuchungserlaubnisse erhalten haben, Fracking ausgeschlossen haben.

Denn aus der Antwort der Landesregierung auf eine voran gegangene Kleine Anfrage (Drucksache 18/1584) der Wahlkreisabgeordneten Heike Franzen geht unzweifelhaft hervor, dass der Inhaber der kürzlich erteilten Aufsuchungserlaubnis im Feld „Sterup“ nicht beabsichtigt, „Fracking in Schleswig-Holstein“ einzusetzen.

„Über diese Auskunft bin ich erleichtert und gleichzeitig verärgert. Erleichtert bin ich, weil nach Angaben der Landesregierung in Sterup kein Fracking stattfinden wird. Verärgert bin ich, dass die Landesregierung die Sorgen der Menschen nicht ernsthaft aufgegriffen hat. Denn durch ein klärendes Wort des Umweltministers hätte den Menschen die Angst genommen werden können“, so Franzen.

Erst am vergangenen Freitag hatte der Schleswig-Holsteinische Landtag sich erneut parteiübergreifend gegen Fracking ausgesprochen.

„Die Debatte hat eine umfangreiche Berichterstattung erfahren. Ich habe nicht das geringste Verständnis dafür, dass Umweltminister Habeck die Gelegenheit nicht genutzt hat, um klar zu sagen, in welchen Gebieten die Unternehmen gar nicht Fracken wollen“, so Rickers.

Fast gewinne man den Eindruck, die Landesregierung habe den Menschen gegenüber ihre Informationsarbeit bewusst sehr dürftig gehalten, um sich hinterher als Verhinderer des

Fracking feiern lassen zu können.

Link zur Kleinen Anfrage „Sterup“:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/hfanelur.pdf>

Link zur gemeinsamen Kleinen Anfrage von Rickers und Franzen:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/hfhr.pdf>

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de